

Markus Ehrenberg

## Wir müssen draußen bleiben!

Wissen ist Macht. Nie waren Francis Bacons Worte so wahr und wichtig wie im Zeitalter des Internets, in dem Informationen und Entscheidungen in Sekundenschnelle um den Erdball jagen. Das Weltwissen verdoppelt sich alle sechs Jahre. Im Netz steht dieses Wissen ständig zur Verfügung oder wird zur Verfügung gestellt. Unter welchen Umständen das geschieht, wer sich das Internet anschaut und nutzt, nutzen kann, das sind Fragen, die das Wesen der Demokratie betreffen. Fragen nach Partizipation, Bürgerbeteiligung an und Identifikation mit der bestimmenden technisch-sozialen Kraft des 21. Jahrhunderts, dem Internet.

Dort informieren sich weltweit rund eine viertel Milliarde Menschen, gehen online shoppen, verschicken elektronische Briefe. Selbst totalitäre Staaten wie China oder Serbien sind Teil der globalen Community, ob die jeweilige Regierung das nun will oder nicht. Und demokratische Gesellschaften erfahren eine Stärkung und Veränderung der Medien, der "vierten Gewalt" im Staate. Zu Presse, Funk und Fernsehen kommen Millionen von Websites mit ihrem riesigen Informations- und Desinformationspotenzial. Ohne Drudge-Report keine Lewinsky-Affäre, ohne Online-Portal keine Visitenkarte im E-Commerce und – schön wäre es – ohne Thule-Homepage keine Nazi-Devotionalien. Partizipation im 21. Jahrhundert heißt: ein Recht auf eine Internet-Adresse, ein Auftritt im Netz, aber auch Online-Plebiszite, Einflussnahme auf die neue Informationsordnung. Diesen Anspruch zu erfüllen – das sollte die Aufgabe der ICANN sein, der "Internet Corporation for Assigned Names and Numbers", der inoffiziellen Internet-Regierung, die das Daten-Chaos zu ordnen und zu strukturieren sucht. Dahinter steckt ein Direktorium aus 19 Mitgliedern, das 1998 von der US-amerikanischen Regierung ins Leben gerufen wurde. Deren Hauptaufgabe hört sich zunächst wenig regierungsgewaltig an. Doch mit der Vergabe der "Top-Level-Domains" – der Internet-Adressendungen (wie .de, .com oder .org) –, ist ein großes kommerzielles Interesse verbunden. Jede neue Internet-Adressendung kostet Geld. Viel Geld. Antragsteller müssen eine pauschale Gebühr von 50 000 US-Dollar entrichten. Da bleiben viele außen vor. Und einige wenige verdienen sich daran eine goldene Nase. Zur breiten Legitimierung dieses umstrittenen Verfahrens holte sich die ICANN-Spitze um die Präsidentin Esther Dyson im Herbst 2000 fünf neue Regionalvertreter als Direktoren ins Boot – per allgemeiner, freier und gleicher Online-Wahl. Einen Europäer, einen US- Amerikaner, einen Afrikaner sowie jeweils einen Repräsentanten für Lateinamerika/Karibik und für den asiatisch-pazifischen Raum. Teilnehmen durfte jeder Internet-Nutzer, der sich in einer recht undurchsichtigen Prozedur registrieren ließ. Das waren am Ende 32 000 Wähler. 32 000 von 250 Millionen Usern weltweit. Und davon kamen die meisten aus den Industriestaaten. Die Wählerbeteiligung in Afrika bewegte sich im unteren Promillebereich. Kein Wunder: Es fehlen dort flächendeckende Internet-Anschlüsse. Gut 35 Prozent aller Internet-Nutzer kommen aus den Vereinigten Staaten, 30 Prozent aus Europa, 21 Prozent aus Asien, 9 Prozent aus Südamerika und nur 4 Prozent aus Afrika. Ungleiche Voraussetzungen gibt es auch für das Recht, sich selbst als Direktor in die ICANN wählen zu lassen. Um den Posten wahrnehmen zu können, muss man wohlhabender Pensionär sein. Der Job ist unbesoldet. Einige Monate im Jahr geht es zu ICANN-Konferenzen nach Silicon Valley oder Tokio. Der Posten ist nur für Menschen annehmbar, die von einem Verband, einer Regierung oder einem großen Unternehmen unterstützt werden. Das kommt in den Industriestaaten nicht so oft, in der Zweiten und Dritten Welt noch seltener vor. ICANN heißt dort: Wir müssen draußen bleiben.

Die ICANN hat mit einer tief greifenden Demokratisierung des Internets wenig zu tun. Man darf sich nichts vormachen: Die Amerikaner haben praktisch alle wesentlichen Errungenschaften, die zum Internet führten, ausgetüftelt. Die monopolare Weltmacht wird auch in Zukunft die Hand über eine Internet-Regierung halten, jetzt, wo das Netz mit den Top-Level-Domains wie .shop., .biz. oder .sex kommerziell noch interessanter wird. Die ICANN wirkt in diesem Zusammenhang wie eine Registrieremaschine, die anderswo getroffene Entscheidungen mehr oder weniger passiv wiedergibt. Richtungsweisend wäre eine Entwicklungspolitik in Sachen Internet: zum Beispiel für mehr Netzanbindung in den Schwellenländern. Dass es in Eritrea lebensnotwendigere Fragen gibt als [www.sony.com](http://www.sony.com), steht auf einem anderen Blatt. Aber solch eine politische Praxis entspräche dem dezentralisierten, von unten nach oben ausgerichteten Ethos des Netzes. Dass wir davon weit entfernt sind, weiß der neue ICANN-Europa-Direktor Andy Müller-Maguhn: "Ich glaube, dass hier bestimmte Probleme bisher einfach gar nicht wahrgenommen wurden." Aber vielleicht kann der Ex-Computerhacker ja so etwas wie der junge Joschka Fischer werden – in einem zukünftigen Internet-Parlament. Erst dadurch wird aus der exklusiven Veranstaltung ICANN ein echtes Instrument der Partizipation, das die Teilnahme aller an der künftigen Informationsordnung ermöglicht.